

Termine:

11. Nov. 1955

Landgericht Hamburg
Wiedergutmachungskammer

Rückerstattungssache

Boermann, Friedrich Berechtigte

Bevollmächtigter: United Restit. Office, Hannover, Vollmacht Bl. 10

gegen

Deutsches Reich Rückerstattungs-
pflichtige

Bevollmächtigte:

Vollmacht Bl

Betr. Rückerstattung:

Lifts und
Umzugsgut

Wertfestsetzung Bl.

41 - 4363/55

Weggelegt 1955

— Aufzubewahren: — bis 1986
— dauernd —

1 **1085** 1
WiK / 1951

I/2 2097-1-

5 WiS 355 / 1952

Rev

This Form should be completed in triplicate and forwarded to the Zentralamt für Vermögensverwaltung (Britische Zone),
Bad Nenndorf, Land Niedersachsen.

Dieser Vordruck ist in dreifacher Ausfertigung bei dem Zentralamt für Vermögensverwaltung (Britische Zone) Bad Nenndorf, Land Niedersachsen, einzureichen.

In cases where the space provided is insufficient, a supplementary page, bearing the number of the paragraph and sub-paragraph, should be annexed.

Reicht der vorgesehene Raum nicht aus, so ist ein mit der Ziffer des betreffenden Absatzes und Unterabsatzes versehenes Ergänzungsblatt beizufügen.

CLAIM FOR RESTITUTION OF PROPERTY WHICH HAS BEEN SUBJECT TO TRANSFER IN ACCORDANCE WITH PARAGRAPH I OF GENERAL ORDER No. 10

Antrag auf Rückerstattung von Vermögen, das unter Artikel I Absatz 1 der allgemeinen Verfügung Nr. 10 fällt.

Location of Property / Örtliche Lage des Vermögens

(a) Land HAMBURG (b) Kreis _____ (c) Gemeinde HAMBURG

Description of Person making Claim / Personalien des Antragstellers

(a) Surname (in Block Capitals) BEERMANN (b) Christian Name(s) FRIEDRICH
Familiennamen (in großen Blockbuchstaben) Vorname(n)

(c) Address 37, Beckenham Road, Beckenham/Kent, England
Anschrift

(d) Date and Place of Birth 16.7.98, Berlin (e) Nationality Britisch
Geburtsdatum und Geburtsort Staatsangehörigkeit

(f) Employment Verleger und Drucker (g) Identity Card No. PHOM 143.1.
Beruf Ausweis-Nummer

(h) If not dispossessed owner, state title to make claim
Angaben über die Antragsberechtigung, falls der Antragsteller nicht der Geschädigte ist.

I. IMMOVABLE PROPERTY I. UNBEWEGLICHES VERMÖGEN

(a) Description of Property.
Nähere Bezeichnung des Vermögens.

Estimated value at date of deprivation.
Geschätzter Wert am Tage der Wegnahme.

(b) Location of Property
Örtliche Lage des Vermögens

(c) Registration in Grundbuch or other Register
Eintragung im Grundbuch oder einem anderen Register

(d) State whether :—
Angaben über Folgendes :

(i) Confiscation was made without payment ?
Ist auf Grund der Wegnahme Entschädigung geleistet ?

(ii) Sold under duress ?
Fand der Verkauf unter Nötigung statt ?

(iii) If the latter, what payment was made ?
Welche Gegenleistung wurde im letzteren Fall gewährt ?

(e) Name and present address of person to whom transfer was made (if known)
Name und jetzige Anschrift der Person, auf die das Vermögen übergegangen ist (soweit bekannt)

(f) Name and present address of present owner (if known, and different from (e)).
Name und jetzige Anschrift des heutigen Eigentümers (soweit bekannt und verschieden von (e))

(g) Any other relevant details
Sonstige sachdienliche Angaben

*Var Doppel der Zirkelle
an Finanzbehörde
beigefügt.
Bk 24/2.00*

II. MOVABLE PROPERTY / BEWEGLICHES VERMÖGEN

(a) Description of Property
Nähere Bezeichnung des Vermögens

Estimated value at date of deprivation
Geschätzter Wert am Tage der Wegnahme

Umzugsgut, siehe Ergänzungsblatt und Liste

(b) Location of Property
Örtliche Lage des Vermögens

Bis zur Wegnahme - im Freihafen Hamburg

(c) Registration (if any)
Etwaige Eintragung in ein öffentliches Buch oder Register

(d) State whether :—
Angaben über Folgendes :

(i) Confiscation was made without payment ?
Ist auf Grund der Wegnahme Entschädigung geleistet ?

Wegnahme ohne Entschädigung, siehe
Ergänzungsblatt

(ii) Sold under duress ?
Fand der Verkauf unter Nötigung statt ?

(iii) If the latter, what payment was made ?
Welche Gegenleistung wurde im letzteren Fall gewährt ?

(e) Name and present address of person or persons to whom transfer was made (if known)
Name und jetzige Anschrift der Person(en), auf die das Vermögen übergegangen ist (soweit bekannt)

Land Hamburg als Treuhänder ehemaligen Reichsvermögens, evtl.
Rechtsnachfolger des Reiches

(f) Name and present address of present owner (if known and different from (e))
Name und jetzige Anschrift des heutigen Eigentümers (soweit bekannt und verschieden von (e))

(g) Name and present address of person or persons who may have knowledge of the present whereabouts of property
Name und jetzige Anschrift von Personen, die von dem Verbleib des Vermögens Kenntnis haben können

Fa. ~~KH~~ Edmund Franzkowiak & Co., Berlin Wilmersdorf,
Uhlandstrasse 3 83/84.

(h) Any other relevant details
Sonstige sachdienliche Angaben

siehe Ergänzungsblatt

NOTE. In the case of a claimant resident *outside* Germany, give full particulars of the person *inside* Germany to be nominated by him to accept service of legal papers and notices on his behalf (if no such person is nominated by the claimant an Agent will be appointed by the Restitution Authority on his behalf).

Bemerkung :

Falls der Antragsteller im Ausland wohnt, genaue Bezeichnung eines in Deutschland lebenden Vertreters, der ermächtigt ist, für ihn amtliche Papiere und Mitteilungen in Empfang zu nehmen. (Wird vom Antragsteller kein Vertreter benannt, so bestellt die Wiedergutmachungsbehörde einen solchen.)

Mr. Max Schindler, United Restitution Office,

Hanover, Kaulbachstrasse 23

I/We certify that the above statement is true according to my/our knowledge and belief.
Obige Angaben entsprechen nach meinem/unserem besten Wissen und Gewissen den Tatsachen.

Signed
Unterschrift

Date
Datum

24.12.49

2

Ergänzungsblatt zum Rückerstattungs-Antrag
Friedrich BEERMANN, 37, Beckenham Road, Beckenham/Kent, England

II Bewegliches Vermögen

zu Frage a sieh die beiliegende Liste mit Bewertung

zu Frage d & h : das Umzugsgut war der Fa. Edmund Franzkowiak & Co., Berlin Wilmersdorf, Uhlandstrasse 83/84, zur Spedition nach Amerika übergeben worden, wohin wir nach Zwischenaufenthalt in England ursprünglich auswandern wollten. Wie mir die Firma später mitteilte, gingen die Sachen nach Hamburg und lagerten dort im Freihafen. Lagergeld für Hamburg wurde bezahlt. Ein in der beigegeführten Liste nicht angeführter Teil des Umzugsgutes wurde tatsächlich von Hamburg nach England gesandt und gelangte in meinen Besitz. Der Rest, gemäss Liste, blieb nach Kriegsausbruch in Hamburg stecken und ist zweifellos später wie hunderte von Liftvans zu Gunsten des Reiches versteigert worden. Ich versuche noch Unterlagen hierfür zu ermitteln, melde aber den Anspruch zwecks Fristwahrung schon jetzt an.

Obige Angaben entsprechen der Wahrheit, auch ist die Bewertung in beiliegender Liste nach bestem Wissen und Gewissen vorgenommen.

Beckenham, 24.12.49.,

F. Beermann

Inhalt des Liftwans E.F. & Co. Nr 1884. 5m lang

4 Teppiche, echt, versch. Grösse	8000.-
8 Brücken, echt, versch. Grösse	2800.-
Porcellanservice f. 24 Personen,	
Nymphenburg & Limoges	1200.-
Glas & Kristall	840.-
Bronzen versch. Grössen	
u.a. Original Modelle & franz.	
Güsse	1600.-
Heissner Porzellan Figuren	1400.-
Sammlung von Original Glasfiguren	
ca. 250	1250.-
Möbel für Wohn- und Schlafzimmer	1800.-
Bett- und Hausleinen	550.-
Leibwäsche	750.-
Bronzekronen Und Lampen	400.-
Bücher, ca 3000	2000.-
Franz. Bronzeuhr	250.-
Antiker Schrank	900.-
Ölgemälde und Aquarelle,	
u.a. Liebermann, v. Possart etc.)	4000.-
Sammlung von ca. 450 Grammophonplatten	
	1350.-
Versch. Haushaltsgut wie Kissen,	
Stühle, Vorhänge etc	2000.-

21 1884
15. 1884 f. Teppiche 2600.-

Aktenzeichen: 2. 2097-1-

4

I. V e r m e r k für Unterakten:

Übersendung der Unterlagen mit Formular CC 10 am . 22. 4. 50 .

(Blatt . . . 2 . der Leitakte)

Eingang beim Wiedergutmachungsamt an . . . 3. 5. 50

Aktenzeichen des Zentralamts f. Verm.Verwaltung . . . 4/ 2393 .

II. V e r f ü g u n g :

1) Empfangsbestätigung an Zentralamt f. Vermögensverwaltung

2) Förmliche Zustellung an

Finanzbehörde Kf. Kassenmarkt 26

nach Formular ~~I Ia~~ oder I Ib (Rückerstattungspflichtiger).

~~3)~~ Förmliche Zustellung nach Formular I IB (Beteiligte) an:

a)

b)

c)

d)

e)

Aktenzeichen: 2.2097-1-

4) Schreiben an Grundbuchamt nach Anlage
(Formular IV)

5) a. Treuhänderbestellung zur Zeit nicht erforderlich.

b. Als Treuhänder ist bereits bestellt:

c. Beschluss nach Formular VII entwerfen

d. Das Landesamt für Vermögenskontrolle ist gemäss
Beschluss um Einsetzung eines Treuhänders zu
ersuchen.

6) Schreiben an Rückerstattungsberechtigten nach Anlage
(ggf. Formular VI).

7) Wvl. nach 2 Monaten bezw. Eingang

sd

18/18 für
notg. 3/10 nur
R

Wiedergutmachungsamt
beim Landgericht Hamburg

Aktenzeichen: Z 2097-1-

Hamburg 36, den 31. Juli 1950
Sievekingplatz, Ziviljustizgebäude
(Anbau) II. Stock Zimmer 740
Fernsprecher: 35 17 31

Btt./Lu.

*Finanzbehörde
Hofgärtnermarkt*

Nachfolgendes Schreiben wird Ihnen als
des - der zugestellt.
Ihre Vertretungsbefugnis ist bereits nachgewiesen - muss noch nachge-
wiesen werden.

1. Wegen des angeblich dem/der/den *Friedrich Beerbaum, Beckenhorn/Kent, Engl.*
als Rechtsnachfolger des/der *geb. 16. 7. 98. Berlin*
vertreten durch *J. Hans Schindler, Kammer, Kienbachstr.*

zustehenden Anspruchs wegen Entziehung des - der folgenden Vermö-
genswerte wird das förmliche Rückerstattungsverfahren eröffnet.

*Unzuzugut, Kenntnisnahme + versteigert
1. beif. Anlagen*

2. Der Anspruch wird Ihnen bekanntgegeben,
a) weil Sie den - die beanspruchten Vermögenswert besitzen und
darüber verfügen können, so dass Sie als Rückerstattungspflichti-
ger im Sinne des Art. 11 REG in Frage kommen,
b) weil Sie den - die beanspruchten Vermögenswert früher inne
gehabt haben und deshalb gemäss Art. 25 REG möglicherweise ver-
pflichtet sind, einen als Ersatz für den/die Vermögenswert
erlangte Entschädigung herauszugeben oder eine Forderung darauf
abzutreten
c) weil Sie als

durch eine Rückerstattungsanordnung der beantragten Art in
~~Ihren Rechten betroffen werden könnten,~~

- d) gemäss Art. 53 Abs. 1 Satz 3 REG

- 3) Falls Sie der Rückerstattung widersprechen oder ihr nur unter be-
stimmten Voraussetzungen zustimmen wollen, müssen Sie das binnen
2 Monaten nach Zustellung dieses Schreibens erklären. Eine solche
Erklärung wäre in 3 facher Ausfertigung einzureichen. Auch wenn Sie
sich schon früher geäußert haben, so ist die neuerliche Abgabe
einer Erklärung nicht entbehrlich.

Falls innerhalb der vorbezeichneten 2-Monatsfrist keine solche Er-
klärung von Ihnen eingeht, kann das Wiedergutmachungsamt die tat-
sächlichen Behauptungen des Antragstellers als richtig ansehen und
wird dementsprechend möglicherweise die beantragte Rückerstattung-
- Herausgabe des Ersatzes - anordnen.

gez.

Beglaubigt:

Anlagen
Formular II B

Justizangestellter

31.7.1950 Lu.

24-2 Aug. 1950
Zustellung

Wiedergutmachungsamt
beim Landgericht Hamburg

Aktenzeichen: 2

2097-1-

HAMBURG 36, den

31. Juli 1950

Siebekingsplatz Ziviljustizgeb. (Anbau)

II Stock, Zimmer 740 Telefon: 351731

H. Hase Schindler, Hannover, Kerkhofstraße 23

Nachfolgendes Schreiben ist für *Friedrich Beermann, Beckenhorn/Kent, Engl.*
bestimmt. Es wird Ihnen als *Bevollm.* des — ~~der~~ Genannten
zugestellt. Ihre Befugnis für den — ~~die~~ Genannten zu handeln, ist ~~bereits nachgewiesen.~~
— muß noch nachgewiesen werden.

1. Wegen des von Ihnen — ~~dem durch Sie vertretenen~~

geltend gemachten Anspruch wegen Entziehung des — ~~der~~ folgenden Vermögenswerte
wird das förmliche Rückerstattungsverfahren eröffnet.

Unvermögen, Ausbezahlungen vorzulegen

2. Der Anspruch ist gemäß Art. 53 Abs. 1 REG

Finanzbehörde Hof Gänsemarkt 36.

bekanntgegeben worden. ~~Er wird noch den aus dem Grundbuch ersichtlichen dinglich~~
~~Berechtigten bekanntgegeben werden.~~ Nach Art. 53 Abs. 1 Satz 2 REG haben Sie das
Recht, die Einbeziehung weiterer Personen in das Verfahren zu beantragen. Falls Sie
von diesem Recht Gebrauch machen, wird der Anspruch auch diesen Personen be-
kanntgegeben werden.

3. Mit der Bekanntgabe des Anspruches sind die Zustellungsempfänger zugleich aufgefordert
worden, sich binnen 2 Monaten zu erklären. Soweit Erklärungen innerhalb der 2 Mo-
natsfrist nicht eingehen, kommt in Frage, daß das Wiedergutmachungsamt dem Rück-
erstattungsantrag nach Art. 54 Abs. 1 REG stattgibt. Das wäre allerdings nur möglich,
wenn der Antrag schlüssig begründet wäre. Es empfiehlt sich deshalb, daß Sie schon
jetzt — soweit nicht bereits geschehen — die Tatsachen bezeichnen, auf die Sie Ihren
Anspruch stützen wollen, und die beabsichtigten Anträge mitteilen. Insbesondere be-
dürfen folgende Punkte der Klärung: 2.

4. Sie haben dem Wiedergutmachungsamt bisher keinen in Deutschland ansässigen Vertreter
benannt. Das Wiedergutmachungsamt ist nicht in der Lage, von sich aus einen Ver-
treter zu benennen. Es könnte allerdings gemäß Art. 50 Abs. 3 Satz 2 REG einen
Zustellungsbevollmächtigten benennen und wird dies auch tun, wenn Sie nicht auf
Grund dieses Schreibens einen Bevollmächtigten oder mindestens einen Zustellungsbe-
vollmächtigten bestellen. Der vom Wiedergutmachungsamt bestellte Zustellungsbevoll-
mächtigte würde aber lediglich für Sie bestimmte Schriftstücke entgegenzunehmen haben;
dagegen nicht in der Lage sein, Ihre Interessen wahrzunehmen.
5. Um Ihren Anspruch zu sichern, hat das Wiedergutmachungsamt das Grundbuchamt
um Eintragung eines Rückerstattungsvermerks im Grundbuch (Art. 55 Abs. 4 REG) ersucht.
6. Sie wollen alle Eingaben in 3-facher Ausfertigung einreichen.

*Aulage
(Klausel)*

gez.

Sch

Beglaubigt:

Formular VI

(LG. Nordh. (W) Nr. 6 (6000, 6, 50)

31.7.1950
-2 Aug. 1950/4u.

Justizangestellter

Zusstellung

A b s c h r i f t .

V o l l m a c h t .

Ich, der Unterzeichnete F. W. B e e r m a n n
wohnhaft in B e c k e n h a m / K e n t
von Beruf D r u c k e r u. V e r l e g e r
bevollmaechtige hierdurch, fuer mich/und meine
Erben jeder fuer sich und gemeinschaftlich

United Restitution Office London N W 3

und United Restitution Office Hannover Kaulbachstrasse 23

und/oder Mr. Max Schindler Hannover Kaulbachstrasse 23

2
1
mich bei der Geltendmachung und Verwirklichung meiner Ruecker-
stattungs- und Entschaedigungsansprueche (Wiedergutmachungsansprueche)
in Deutschland in allen meinen Angelegenheiten sowohl bei Gerichten,
Grundbuchaeutern und anderen Behoerden als auch Dritten gegenueber
zu vertreten. Meine Erben sind nicht berechtigt, diese Vollmacht zu
widerrufen. Diese Vollmacht bezieht sich auch auf die Geltendmachung
meiner Erbansprueche. Die Vertretungsmacht meines Bevollmaechtigten
soll sich ohne jede Ausnahme auf alle Rechtsgeschaeftte erstrecken,
sowie alle Rechtshandlungen, welche von mir und mir gegenueber vor-
genommen werden koennen, soweit die Gesetze eine Vertretung zulassen.
Mein Bevollmaechtigter ist berechtigt, fuer den gesamten Geschaefts-
kreis, fuer einzelne Geschaeftte oder fuer einen Kreis von Geschaeften
Unterbevollmaechtigte zu bestellen. Mein Bevollmaechtigter ist von der
Beschraenkung des Paragraphen 101 HGB befreit.

Beckenham/Kent 7.5.50

Ort und Datum

F. W. Beermann

Unterschrift

UNITED RESTITUTION OFFICE

UK/B/22

Please quote our reference
Bitte unser Aktenzeichen angeben

10. NOV 1950

HANNOVER,
KAULBACHSTRASSE 21
TEL.: 50256

9.11.1950
/3

An
das Wiedergutmachungsamt
beim Landgericht Hamburg

Zu: Z 2097 - 1 -

Der Oberfinanzpräsident
Hamburg

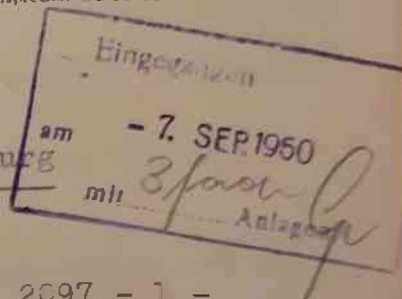
O 5210 - B 256 - P 55

Es wird gebeten, dieses Geschäftszeichen, den Tag und
Gegenstand dieses Schreibens in der Antwort anzugeben



Hamburg 11, den 29. August 1950
Rödingsmarkt 85 / Fernsprecher 34 10 04

an das
Wiedergutmachungsamt
beim Landgericht Hamburg



Betr.: Rückerstattungssache: Friedrich Beermann
Bezug: dort. Schreiben vom 31.7.50 Akt.-Zeichen Z 2097 - 1 -
Anlagen 2

Zu dem Antrag gemäß Bezugsschreiben nehme ich wie folgt Stellung:

Das beanspruchte Umzugsgut hat sich seinerzeit nur zum Zwecke der Verladung nach Übersee in Hamburg befunden. Der letzte inländische Wohnsitz des Antragstellers war vermutlich Berlin. Ich besitze keine Unterlagen über eine Entziehung von Vermögenswerten des Betroffenen. In einer hier noch vorhandenen Kassenliste der ehemaligen Gestapo ist für einen Friedrich Beermann ein Betrag von 80.- RM aufgeführt, der an die Oberfinanzkasse Berlin - Brandenburg überwiesen worden ist. Falls der Genannte mit dem Antragsteller identisch sein sollte, so bestünde die Möglichkeit, daß die frühere geh. Staatspolizei die Beschlagnahme und Versteigerung des fraglichen Umzugsgutes betrieben hat. Weitere Anhaltspunkte über die Angelegenheit habe ich nicht. Meiner Oberfinanzkasse ist ein Erlös aus einer etwaigen Versteigerung der betr. Gegenstände nicht zugelassen.

Ich kann daher für eine Rückerstattung nicht in Anspruch genommen werden und bitte, den Rückerstattungsantrag zurückzuweisen.

Im Auftrag
gez. Dr. Holdeigel

Einen weiteren aus dem Umzugsgut erloosten Betrag von RM. 80.- hat die Gestapo direkt an die Finanzkasse Berlin-Brandenburg ueberwiesen.

Da die Entziehung in Hamburg erfolgt ist, ist das Wiedergutmachungsamt Hamburg zuständig.

Ausgefertigt am 24/11.50
Gelesen am
Abgesandt am 27 Nov. 1950

Es wird beantragt festzustellen, dass
das Deutsche Reich ersatzpflichtig ist.

1. ✓ Abh. von OFD

2. z. d. A. (Mit Abh. nach im dieser Fall Dr. W. Blumberg
zuständig? Entsch. 01.6. abw.) (Dr. W. Blumberg)

20.11.50

UNITED RESTITUTION OFFICE

UK/B/22

Please quote our reference
Bitte unser Aktenzeichen angeben

10. NOV 1950

HANNOVER
KAULBACHSTRASSE 23
TEL: 5000

9.11.1950
13

An
das Wiedergutmachungsamt
beim Landgericht Hamburg
H a m b u r g



Zu: Z 2097 - 1 -

Betr.: Rueckerstattungssache Friedrich B e e r m a n n.

Zu der Erklaerung des Oberfinanzpraesidenten in Hamburg vom 29.8.50 wird wie folgt Stellung genommen:

Das Umzugsgut des Antragstellers wurde in Hamburg von der Gestapo beschlagnahmt und versteigert.

Die Entziehung ist also in Hamburg erfolgt. Der Versteigerungserloes wurde ueber die Gestapo Hamburg an den Oberfinanzpraesidenten in Berlin - Brandenburg ueberwiesen und zwar

- a) RM. 6.869.89 Reinerloes aus versteigertem Umzugsgut durch Ueberweisung der Deutschen Bank in Hamburg,
- b) RM. 80.-- fuer Umzugsgut durch Ueberweisung der Staedt. Polizeikasse Hamburg.

Obige Angaben sind einem Schreiben des Berliner Treuhaenders vom 21.9.1950 - AZ.05205 - 5210 - 2063/42 - entnommen.

Ferner wurde nach einem Schreiben der Speditionsfirma Edmund Franzkowiak in Berlin vom 13.10.50 ein bei dieser Firma befindlicher Restbetrag von RM. 1.141.80 am 1.8.41 durch Postscheck an die Deutsche Bank Hamburg zu Gunsten der Gestapo ueberwiesen.

Der Sachverhalt ist also offenbar der, dass nach Beschlagnahme des Umzugsgutes durch die Gestapo der Hauptteil des Versteigerungserloeses einschl. des noch bei der Speditionsfirma Franzkowiak in Berlin befindlichen Guthabens zunaechst auf ein Konto der Gestapo bei der Deutschen Bank in Hamburg eingezahlt wurde, und dass der Gesamtbetrag von 6.869.80 sodann an die Oberfinanzkasse Berlin-Brandenburg ueberwiesen worden ist.

Einen weiteren aus dem Umzugsgut erloesten Betrag von RM. 80.- hat die Gestapo direkt an die Finanzkasse Berlin-Brandenburg ueberwiesen.

Da die Entziehung in Hamburg erfolgt ist, ist das Wiedergutmachungsamt Hamburg zustaeendig.

Ausgefertigt am 24/11/50
Gelesen am
Abgesandt am 27 Nov. 1950

Es wird beantragt festzustellen, dass
das Deutsche Reich ersatzpflichtig ist.

1. *Abh. l. am OFD*

2. *z. d. A. (Mit Hfg auch im diesen Fall Dr. W. Blumberg
zustandig? Erh. 01.6. abw.) (Dr. W. Blumberg)*

20.11.50

Französischen Militärregierung

für zwangsübertragene Vermögen

Akt.Z.: 05205-XXVII/14382

Beermann, Anna

" " : 05205-5210-2063/42

Beermann, Friedrich

Eingegangen

Oberfinanzdirektion Hamburg

0 5210 - B 256 - V 115 a

Es wird gebeten, dieses Geschäftszeichen, den Tag und Gegenstand dieses Schreibens in der Antwort anzugeben!

An das

Wiedergutmachungsamt beim Landgericht Hamburg
H a m b u r g

Betr.: Rückerstattungssache Friedrich Beermann

Bezug: dort.Schreiben v. 18.6.1951 Akt.-Zeich. I/Z 2097-1-

Anlagen: 2

Zu dem mir mit Bezugsschreiben übersandten Schriftsatz des Berechtigten vom 9.11.1950 nehme ich wie folgt Stellung:

Nach Angabe des Berechtigten hat ausweislich der Akte des Berliner Treuhänders die Versteigerung des beanspruchten Unzugsgutes einen Reinerlös von 6869,89 RM erbracht.

Wie bereits in meiner Stellungnahme vom 29.8.50 dargelegt, sind der Oberfinanzkasse Hamburg keinerlei Beträge überwiesen worden.

Eine Stellungnahme hinsichtlich der Anerkennung des Anspruchs auf diesen Erlös kann daher erst erfolgen, nachdem die Angaben über den erzielten Versteigerungserlös von dem Berliner Treuhänder unanfechtbar bestätigt worden sind.

Es wird gebeten, dem Antragsteller eine entsprechende Auflage zu machen.

Im Auftrag

Gez.Rebeling

H. S. A. *apf*



Beigelegt

Zollinspektor

III Grundstück Berlin-Wannsee, Petzower Str. 12

Aus dem Vermögen der Eheleute Friedrich und Eva Beermann sind die nachstehend aufgeführten Werte eingezogen worden:

b.w.

Französischen Militärregierung

für zwangsübertragene Vermögen

Akt.Z.: 05205-XXVII/14382

Beermann, Anna

* * * 05205-5210-2063/42

Beermann, Friedrich

Herrn

United Restitution Office

Hannover, Kaulbachstraße 23

Telefon 56256

UK / B / 22

Eingegangen

15. AUG. 1951

BT

3/acc

mit 2 Anlagen 2x 2

Please quote our reference

Bitte unser Aktenzeichen angeben

14.8.1951

Fr

An das
Wiedergutmachungsamt
beim Landgericht Hamburg
H a m b u r g 36

Zu: WgA I/8 - 1 -



Betr.: Rueckerstattungssache Dr. Friedrich Beermann.

In obiger Angelegenheit ueberreiche ich eine Fotokopie eines Schreibens des Treuhaenders der Militaerregierung vom 21.9.1950, das an Herrn Beermann gerichtet ist. Aus diesem Schreiben ergibt sich, dass der Versteigerungserloes zunaechst auf ein Konto der Gestapo bei der Deutschen Bank in Hamburg eingezahlt worden ist und dass spaeter dieser Betrag an die Oberfinanzkasse Berlin ueberwiesen wurde.

Es handelt sich um Betraege von RM 6.869.89 und RM 80.--.

Die Entziehung und Versteigerung des Guts erfolgte in Hamburg. Bezueglich des Betrages von RM 80.-- sind nach Angaben der Oberfinanzdirektion Hamburg vom 29.8.1950 Kassenlisten vorhanden.

1 Anlage

1 D an Off. Neub.

neu 05205-5210-2063-V 1154

kurz 9 Schreiben v. 1946.57:

2. weitere Kellernahme

PA. 1948.57

Dr. W. Blumberg

Ausgefertigt am 20.8.51
Gelesen am 1. AUG. 1951
Abgesandt am 10.

Die Wertpapiere sind an die Reichsbank abgeliefert worden. Betreffend die Verwertung und den Erlös sind keine Unterlagen vorhanden.

III Grundstück Berlin-Wannsee, Petzower Str. 12

Aus dem Vermögen der Eheleute Friedrich und Eva Beermann sind die nachstehend aufgeführten Werte eingezogen worden:

b.w.

6 FX
Der Treuhänder

der
Amerikanischen, Britischen und
Französischen Militärregierung

des eingezogenen Vermögens

Akt.Z.: 05205-XXVII/14382

Beermann, Anna

" " : 05205-5210-2063/42

Beermann, Friedrich

Herrn

F.W. Beermann

37 Beckenham Road,
Beckenham, Kent
=====

① Berlin W 30. den 21. Sept. 1950

Nürnberger Str. 53-55

Fernsprecher : 24 93 51 - 24 00 11

Betr.: Eingezogenes Vermögen der Frau Anna Beermann und der
Eheleute Friedrich und Eva Beermann

Bezug: Ihr Schreiben ohne Datum

Nach den hier vorhandenen Akten des früheren Oberfinanzpräsidenten
Berlin-Brandenburg sind aus dem Vermögen der Frau Anna Beermann,
geb. 10.7.66, zuletzt Berlin-Charlottenburg, Niebuhrstr. 9, die
nachstehend aufgeführten Werte eingezogen worden:

I Bei der Oberfinanzkasse eingegangene Beträge:

- | | | | |
|----|----|-----------|-------------------------------|
| 1) | RM | 632,02 | Überweisung Deutsche Bank |
| 2) | " | 49,-- | Zahlung Emilie Raatz f. Möbel |
| 3) | " | 322,85 | " Emy Grünberg |
| 4) | " | 60.456,05 | Überweisung Deutsche Bank |
| 5) | " | 238,85 | Zahlung Emy Grünberg |
| 6) | " | 332,43 | " " " |
| 7) | " | 1.687,50 | Überweisung Deutsche Bank |
| 8) | " | 317,38 | Zahlung Krüger & Schulze |

Dagegen sind von dieser Kasse gezahlt worden:

RM 2.888,93 Rentenzahlungen an Frau Martha Mattern für die Zeit
vom 29.12.42 - 6.3.45

II Depot bei der Deutschen Bank, bestehend aus:

- | | | |
|-----|-----------|----------------------------------|
| M | 13.000,-- | 4% Kursk Charkow-Asow Eb.Obl. |
| Kr. | 14.000,-- | 5 1/2 Österr. Kriegs Anl. |
| M | 10.000,-- | 4% Moskau Kiew Woronesch Eb.Anl. |
| RM | 14.200,-- | 4% Dt. Reichsbahn Anl. |
| " | 1.200,-- | Dt. Ton- u. Steinzeug Act. |

Die Wertpapiere sind an die Reichsbank abgeliefert worden. Betreffend
die Verwertung und den Erlös sind keine Unterlagen vorhanden.

III Grundstück Berlin-Wannsee, Petzower Str. 12


Aus dem Vermögen der Eheleute Friedrich und Eva Beermann sind die
nachstehend aufgeführten Werte eingezogen worden:

b.w.

- 20
- 1) RM 6.869,89 Überweisung der Deutschen Bank, Hamburg
Reinerlös aus versteigertem Umzugsgut.
 - 2) RM 1.696,80 Überweisung der Hamburg-Amerika Linie,
Hamburg, f. Passageguthaben.
 - 3) RM 80,— Überweisung der Staatl. Polizeik. Hamburg,
für Umzugsgut
 - 4) RM 298,50 Überweisung der Deutschen Bk. Depka Berlin

Die Beträge sind bei der Oberfinanzkasse eingegangen. Die Veranlagung und Einziehung der Judenvermögensabgabe ist seinerzeit durch das zuständige Finanzamt erfolgt. Ich bitte daher, Ihre Anfrage unmittelbar an das Finanzamt Charlottenburg-Ost zu richten.

In Auftrage



Oberfinanzdirektion Hamburg

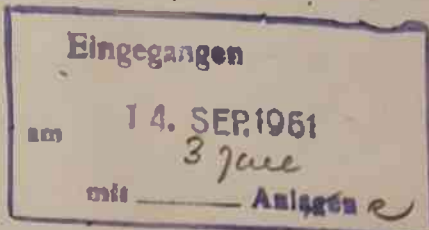
o 5210 - B 256 - V 115 d
(früher P 55 d)

Es wird gebeten, dieses Geschäftszeichen, den Tag und Gegenstand
dieses Schreibens in der Antwort anzugeben!

Hamburg 11, den 8. September 51
Rödingsmarkt 83 / Fernsprecher 34 10 04

An das

Wiedergutmachungsamt
beim Landgericht



Betr.: Rückerstattungssache Friedrich Beermann
Bezug: dort. Schreiben v. 20.8.51 Akt. Zeichen I/2097
Anlagen: 2

Zu dem Bezugsschreiben nebst Anlage nehme ich wie folgt Stellung:

Aus dem Schreiben des Treuhänders der Amerikan., Britischen und Französischen Militär-Regierung in Berlin vom 21.9.50 geht hervor, daß der Oberfinanzkasse Berlin - Brandenburg von der Deutschen Bank für die Eheleute Friedrich und Eva Beermann

6869,89 RM Versteigerungserlös und
80,-- RM von der Gestapo Hamburg für Umzugsgut überwiesen -
5949,89 RM

wurden.

Das Datum des Geldeingangs liegt nicht vor. Unter der Voraussetzung, daß die Aktivlegitimation des Antragstellers auch für seine Frau und Eva Beermann geklärt ist, bin ich mit folgendem Beschluß einverstanden:

" Es wird festgestellt, daß,

- der Antragsgegner verpflichtet ist, dem Antragsteller wegen Entziehung von Vermögenswerten - wie unten angegeben - Schadenersatz gemäß Art. 26 Abs. 2 REG zu leisten,
- der Schaden wie weiter unten angegeben zu beziffern ist,
- der Schaden an dem ebenfalls unten angegebenen Tage eingetreten ist.
 - Hausstand
 - 10.000,- RM
 - als Entziehungszeitpunkt wird der 9.5.44 vorgeschlagen.

Der Berechtigte ist verpflichtet, seine Ansprüche gegen die Besitzer der entzogenen Gegenstände an das Deutsche Reich abzutreten."

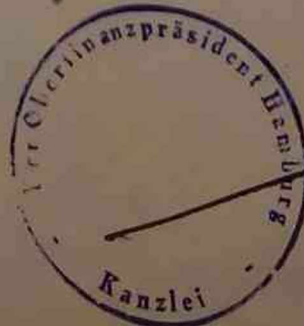
Mit dieser Abtretung soll lediglich der berechtigte Zweck verfolgt werden, Doppelerstattungen an den Antragsteller und Regreßansprüche der Besitzer gegen das Deutsche Reich zu vermeiden. Diese können entstehen, wenn der Antragsteller neben der Feststellung der Schadenersatzansprüche gegen das Deutsche Reich als unmittelbaren Entzieher auch noch Ansprüche auf Naturalherausgabe gegen die Besitzer der entzogenen Gegenstände geltend machen würde.

Im Auftrag
gez. Rebeling

*1/ J. an United Rep. Off. Hannover
mit d. Bitte um R. & H. Erklärung
gleiches wird um die Aktenleg.
von Frau Eva Beermann gehen.*

2/ Nr. 2. H.
Ausgefertigt am
Gelesen am
Abgesandt am

19.9.51



Beglaubigt

Zollinspl. 03

UK/B/22

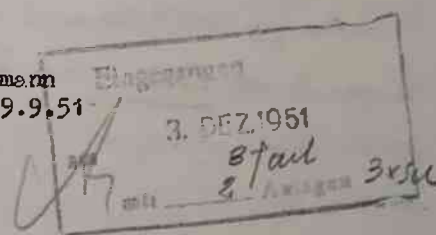
An das
Wiedergutmachungsamt
beim Landgericht

H a m b u r g 36
Sievekingplatz 1



29.11.51
/Le

Zu I/2 2097
Friedrich Beermann
Dort.Schrb.v.19.9.51



1. Aktivlegitimation fuer das Grundstueck:

Die Mutter des Antragstellers ist mit Beschluss des Amtsgerichtes Charlottenburg vom 29.10. fuer tot erklaert; Todeszeitpunkt 31.12.42. Testamentserben sind die 3 Kinder zu je $\frac{1}{3}$

- a) Vally "rankenstein, geb. Beermann, in San Francisco,
- b) Alice Hermann (fr.Herrmann), geb. Beermann, 310 Mapleton Drive, Los Angeles,
- c) Antragsteller.

Sobald der Todeserklarungsbeschluss rechtskraeftig geworden ist, wird Erbscheinsantrag eingereicht.

2. Unzugsgut:

Das Angebot der Oberfinanzdirektion Hamburg vom 8.9.51 ist ungenuegend.

Es wird darauf hingewiesen, dass sich die Witwe Anna Beermann, die er zur Haelfte beerbt, in besonders guten Vermoegensverhaeltnissen befand.

Aus anliegender Kostenrechnung ist zu ersehen, dass der Nachlass des Vaters mit 350.000,-- RM bewertet war.

Nach Mitteilung des Finanzamtes Charlottenburg Ost betrug die Judenvermoegensaabgabe 57.000,-- RM.

Wie der Treuhaender der Amerikanischen, Britischen und Franzoesischen Militaerragierung am 21.9.50 bestaetigt, sind 64.036,08 RM eingezogen und abgefuehrt worden, ebenso zahlreiche Wertpapiere. Ausserdem ist ein schuldenfreies Anwesen der Mutter, Petowerstr.12, in Wannsee, noch vorhanden (Grundstueckswert fuer die Gebuehrenberechnung 33.000,-- RM).

Zum weiteren Nachweis fuer die Vermoegensverhaeltnisse der Mutter Anna Beermann ueberreichen wir Abschrift eines Schreibens des Finanzamtes Wilmersdorf vom 18.9.51.

Es wird Abgabe an die Wiedergutmachungskammer beantragt.

Anlagen

1/2 Teil Telefon angegeben worden, oder
Trennung von der Wk.

3 H. ORR Asschenfeldt

Dr. Blumberg
12.12.51

UK/B/22

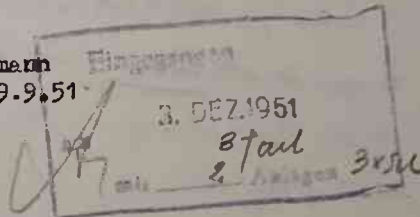
An das
Wiedergutmachungsamt
beim Landgericht

H a m b u r g 36
Sievekingplatz 1



29.11.51
/le

Zu I/2 2097
Friedrich Beermann
Dort.Schrb.v.19.9.51



1. Aktivlegitimation fuer das Grundstueck:

Die Mutter des Antragstellers ist mit Beschluss des Amtsgerichtes Charlottenburg vom 29.10. fuer tot erklart; Todeszeitpunkt 31.12.42. Testamentserben sind die 3 Kinder zu je $\frac{1}{3}$

- a) Vally Frankenstein, geb. Beermann, in San Francisco,
- b) Alice Hermann (fr. Herrmann), geb. Beermann, 310 Mapleton Drive, Los Angeles,
- c) Antragsteller.

Sobald der Todeserklarungsbeschluss rechtskraeftig geworden ist, wird Erbscheinsantrag eingereicht.

2. Umzugsgut:

Das Angebot der Oberfinanzdirektion Hamburg vom 8.9.51 ist ungenuegend.

Es wird darauf hingewiesen, dass sich die Witwe Anna Beermann, die er zur Haelfte beerbt, in besonders guten Vermoegensverhaeltnissen befand.

Aus anliegender Kostenrechnung ist zu ersehen, dass der Nachlass des Vaters mit 350.000,-- RM bewertet war.

Nach Mitteilung des Finanzamtes Charlottenburg Ost betrug die Judenvermoegensabgabe 57.000,-- RM.

Wie der Treuhaender der Amerikanischen, Britischen und Franzoesischen Militaerregierung am 21.9.50 bestaetigt, sind 64.036,08 RM eingezogen und abgefuehrt worden, ebenso zahlreiche Wertpapiere. Ausserdem ist ein schuldenfreies Anwesen der Mutter, Petowerstr.12, in Wannsee, noch vorhanden (Grundstueckswert fuer die Gebuehrenberechnung 33.000,-- RM).

Zum weiteren Nachweis fuer die Vermoegensverhaeltnisse der Mutter Anna Beermann ueberreichen wir Abschrift eines Schreibens des Finanzamtes Wilmersdorf vom 18.9.51.

Es wird Abgabe an die "Wiedergutmachungskammer beantragt.

Anlagen

*1/2 Teil Vermoegen angegeben worden, oder
Vermoegen an die Wit.*

4 H. OKR Asschupfeld

Dr. Blumberg
12.12.51

das Reich
gesetzlich vertreten durch die Hansestadt Hamburg - Finanzbehörde
Verfahrensvertreter die Oberfinanzdirektion Hamburg -

Antragsteller

gegen

4

Teilweise Abschrift

A b s c h r i f t
von Abschrift

Finanzamt Wilmersdorf
von Berlin
Steuer-Nr. Nue 27/1986

Berlin-Wilmersdorf, 18. Sept. 51

Herrn
F.W. Beermann
37, Beckenham Road
Beckenham/Kent.
England

Betr.: Ihr Schrb. v. 25.8.51; Anna Beermann, geb. Warkos

Akten und Unterlagen der Obengenannten sind nicht mehr vorhanden,
sie sind durch Kriegseinwirkung in Verlust geraten.

Es ist nur eine Sollkarte vorhanden. Danach besteht die Vermutung,
dass das Vermögen, das der Berechnung der Judenvermögensabgabe zugrun-
de gelegen hat, etwa 230.000,-- RM i.W. zweihundertdreissigtau-
send RM,

die Judenvermögensabgabe rd. 57.000,-- RM i.W. siebenundfuenfzigtausend
RM betragen hat. Ob und in welcher Hoehe die Abgabe gezahlt worden ist,
kann mangels Unterlagen nicht angegeben werden.

Evakuierte Personen haben Reichsfluchtsteuer nicht entrichtet.

Cez. Grossmann beglaubigt Unterschrift.

Die Teppiche waren echte Perserteppiche in der Groesse von etwa
m und ein Teppich war 8 x 4 m. Das Porzellan war Linoges und K
Porzellanmanufaktur sowie Meissen und Nymphenburg.

Von den Bronzen erwaeht der Antragsteller ein Original-Modell
Gertraud-Gertraudtenbruecke Berlin, erworben vom Kuenster Siemer
ner eine 60 cm hohe franzoesische Bronze "Eskolier", eine Pferde
XXXXXXXXXXXX "Mucius Scaevola", eine Empire-Marmoruhr mit Bronze
"Russische Bauern", ein Satz von 6 Bronzen erworben vom Kuenstler
Wolff.

UK/B/22

An die
Wiedergutmachungskammer
beim Landgericht
H a m b u r g

V
W. J. am OFD für K+K hier 2 Wa.
20/4 Hg
Please quote our reference
Bitte unser Aktenzeichen

28.4.52
/Hg.



20/4 ab 75.52
Gewe
1 WIK 1085/51
1/Z 2097 -1-

Betr.: RE-Sache Beermann ./.. Deutsches

Namens des Antragstellers nehmen wir zu den Auflagen der Kommer vom 6.2.52 und 11.3.52 wie folgt Stellung.

- 1.) Wir ueberreichen anliegend Vollmacht der Frau Eva Beermann geb. Schoenberg auf uns mit der Bitte um Kenntnissnahme und Rueckgabe.
- 2.) Die Liste der Gegenstaende, die in dem Umzugsgut verpackt waren, ist in der Anlage zu der Anmeldung enthalten. Das Umzugsgut war in einem Lift verpackt, welcher 5 m lang war. Die Signierung war EF & Co Nr.1684.
- 3.) Den Antragsteller hat kein Stueck des Umzugsgutes erreicht.
Wir ueberreichen anliegend Fotokopie eines Schreibens der Speditionsfirma Edmund Franzkowiak & Co, Berlin-Wilmersdorf vom 13.10.1950, aus dem hervorgeht, dass die Sendung ~~xxxxxx~~ im Juni 1941 in Hamburg versteigert worden ist.
Aus dem Schreiben des Treuhaenders der Militaerregierung vom 21.Sept. 1950 (von uns ueberreicht am 14.8.51) geht hervor, dass der Reinerloes des versteigerten Umzugsgutes RM 6.869,89 betragen hat.
- 4.) Wir bemerken, dass die Versteigerung erfolgt ist, bevor Hamburg gebombt wurde und Moebel noch verhaeltnismaessig wenig begehrt wurden, waehrend infolge der zahlreichen Versteigerungen von juedischen Eigentum ein grosses Angebot auf den Markt kam.
Schon aus dieser Tatsache ergibt sich, dass der seinerzeit von der OFD Hamburg angebotene Betrag von 10.000,--RM nicht angemessen ist. Es ist ja nicht einmal das sonst uebliche 2-¹/₂-fache.
- 5.) Zu der von dem Antragsteller mit der Anmeldung eingereichten Liste wird folgendes bemerkt:

Der Antragsteller kann sich an alle Einzelheiten nicht mehr entsinnen.

Die Anschaffungen der Einrichtung erfolgten hauptsaechlich in den Jahren 1907 bis 1913. Die Gegenstaende wurden bei namhaften, erstklassigen Firmen in Berlin gekauft, z.B. die Teppiche bei N.Israel, die Moebel bei Flatow und Priemer, die Bilder auf der Grossen Berliner Kunstausstellung und im Glaspalast Muenchen, Glas und Porzellan bei P.Raddatz, Bronzen bei Busch und Gladenbeck.

Die Teppiche waren echte Perserteppiche in der Groesse von etwa 4 x 6 m und ein Teppich war 8 x 4 m. Das Porzellan war Linoges und Koenigliche Porzellanmanufaktur sowie Meissen und Nymphenburg.

Von den Bronzen erwaeht der Antragsteller ein Original-Modell der Hlg. Gertraud-Gertraudtenbruecke Berlin, erworben vom Kuenster Siemering, ferner eine 60 cm hohe franzoesische Bronze "Eskolier", eine Pferdegruppe, ~~XXXXXXXXXX~~ "Marius Scaevola", eine Empire-Marmoruhr mit Bronze "Napoleon", "Russische Bauern", ein Satz von 6 Bronzen erworben vom Kuenstler A.M. Wolff.

8

An Bildern erwahnt der Antragsteller: v. Possert, Fischer am Como-See; T. v. Eckenbrecher, Norwegischer Wasserfall; Manthe, Frauenstudie; Liebermann, 2 Entwuerfe fuer Wanddekoration; Pietrowsky, Hollaendisches Interieur. Erwahnt wird auch ein antiker Schrank aus dem Besitz der Grosseltern.

Buecher: eine Sammlung von Berolinensien, vom Beginn des 19. Jahrhd. bis 1939, saemtliche Klassiker in Gesamtausgaben, Lexikon von Brockhaus, letzte Ausgabe vor der Nazizeit und viele andere Werke.

- 6.) Aus den vorstehenden Angaben duerfte hervorgehen, dass es sich um Gegenstaende handelte, die alle einen erheblichen Wert gehabt haben muessen.

Vergleicht man hiermit die Preise des Versteigerungsprotokolls vom 13./14. 6. 1941, so sieht man, dass die meisten Preise, die erzielt worden sind, geradezu grotesk niedrig sind.

Wir fuehren einige Beispiele an:

<u>Position</u>	<u>Preis</u>
13 - 16, saemtlich echte Bronzen	zw. 76,-- und 145,--RM
18 und 19, Bronzen	22 und 24,--RM
9-11, 20, 22, alles echte Porzellanfiguren	zw. 4,60 und 26,--RM
24, ein "Pösten" Glas-Nippes	4,40 RM
28, 30-39, saemtlich wertvolle Buecher	zu unglaublichen Preisen versteigert, z.B. 40 Buecher = 10,--RM, 12 Baende Goethe = 10,--RM, 100 Buecher = 15,--RM usw.
40, Oelbild	140,--RM

41 - 48, je 24 Schallplatten in Buechern (fast alles Opern und Symphonien)

zw. 15,-- und 35,--RM

75 - 88, die echten Teppiche, bei denen die erzielten Preise nur ein geringer Bruchteil des wirklichen Wertes bedeuten. Wie schoen die Teppiche gewesen sein muessen, geht daraus hervor, dass sie bei dieser Versteigerung Preise von 1.000,--RM erbracht haben.

8 Sammeltassen (Koenigl. Porzellanmanufaktur) sind fuer zusammen 2,60 RM versteigert worden. Der Anschaffungspreis betrug fuer jede einzelne Tasse 30,--RM.

Im allgemeinen ist noch zu bemerken:

Das ~~Rxx~~ Porzellanservice fuer 24 Personen (Nymphenburg und Limoges) wurde in einzelnen Stuecken versteigert. Doch ist nicht zu ersehen, ob alle Stuecke versteigert sind.

Bronzen sind 13 als versteigert angegeben worden, waehrend es bestimmt 15 waren.

Die Meissner Porzellanfiguren sind ueberhaupt nicht im Versteigerungsprotokoll enthalten.

Die Sammlung von etwa 250 Original-Glasfiguren ist im Versteigerungsprotokoll nicht enthalten.

Von Moebeln fehlt bestimmt eine Couch mit 2 grossen Sesseln und kleinen Sesseln.

An Buechern sind im Versteigerungsprotokoll etwa ~~xx~~ 350 aufgefuehrt, waehrend tatsaechlich ca. 3.000 Buecher in dem Lift waren.

Die franzoesische Bronze-Uhr fehlt im Protokoll. *Pn. 12*

Es ist nur 1 Oelgemaelde aufgefuehrt, waehrend 5 Oelgemaelde vorhanden waren.

- 7.) Die vorstehenden Ausfuehrungen duerften beweisen, dass es in Faellen der vorliegenden Art widersinnig waere, fuer die Errechnung der Schadenshoehe von dem Erloes einer Verschleuderung durch die Gestapo auszugehen. Der Antragsteller erklaert, dass ein Missverhaeltnis von ungefaehr 20 : 1 zwischen dem Anschaffungswert und dem Versteigerungserloes besteht.
- 8.) Der Antragsteller erhebt Anspruch auf den Wiederbeschaffungswert in DM.


(Dr. W. Blumberg)

VOLLMACHT

Ich/wir/der/die Unterzeichnete Eva Beer-mann geb.Schoenberg und
Friedrich Beer-mann

bevollmaechtigte n United Restitution Office
Hannover, Kaulbachstr.23

und/oder
Dr. Walter Blumberg,
Hannover, Kaulbachstr. 23

mich/uns bei der Geltendmachung und Verwirklichung meiner/
unserer Rueckerstattungs- und Entschaedigungsansprueche (Wieder-
gutmachungsansprueche) in Deutschland in allen meinen/unsoren
Angelegenheiten sowohl bei Gerichten, Grundbuchaemtern, Nach-
lassgerichten und anderen Behoerden als auch Dritten gegenueber
zu vertreten. Die Vertretungsmacht meines/unseres Bevollmaech-
tigten soll sich ohne jede Ausnahme auf alle Rechtsgeschaeft
erstrecken, sowie alle Rechtshandlungen, welche von mir/uns
und mir/uns gegenueber vorgenommen werden koennen, soweit die
Gesetze eine Vertretung zulassen. Mein/unser Bevollmaechtigter
ist berechtigt, fuer den gesamten Geschaeftskreis, fuer einzelne
Geschaeft oder fuer einen Kreis von Geschaeften Unterbevoll-
maechtigte zu bestellen. Mein/unser Bevollmaechtigter ist von
der Beschränkung des Paragraphen 181 BGB befreit. Hiernach ist
der Bevollmaechtigte berechtigt, Gelder fuer mich/uns in Empfang
zu nehmen und sich wegen Gebuehren und Auslagenspruechen aus
diesen zu befriedigen.

Eva Beerenam geb.

Unterschrift

Adresse 37 Beckenham Road, Beckenham/Kent/
.....
..... England

Datum 13.3.52

EDMUND FRANZKOWIAK & CO.

Internationale Möbeltransporte

Spedition - Lagerhaus 6000 qm

Filiale Hamburg 4 - Ernst Thälmann Str. 58 - Fernruf 43 21 41-43

INN: HILDA FRANZKOWIAK UND LOTHAR KUNZHALS

BERLIN - WILMERSDORF

UMLANDSTR. 85-86 - PILEBURGERSTR. 41-42

PERNUM: S.-NR. 810381

TELEGR.-ADR: FRANZKOWIAK BERLIN RESP. HAMBURG

den 13. Oktober 1950.
Ns/3ch

Herrn Dr. F. Beermann,
37. Beckenham Road,
Beckenham, Kent./England.

Sehr geehrter Herr Doktor.

Ihr wertres Schreiben vom 30. August ist in unsere Hände gelangt. Zu unserem Bedauern müssen wir Ihnen sagen, dass wir den Aktenvorgang über Ihre Kommission nicht mehr besitzen. Dieser ist durch Kriegseinwirkung mit vielen anderen vernichtet worden. Wir haben aber aus vorhandenen Büchern festgestellt, dass der verbliebene Restbetrag von Mk 1.141.80 am 1. August 1941 per Postscheck von Berlin aus an die Deutsche Bank Hamburg zu Gunsten der Gestapo überwiesen worden ist. Das ist immer dann geschehen, wenn entsprechende Aufforderungen an uns ergangen waren.

Wir haben aus den Büchern ersehen können, dass der Transport im Juni 1941 in Hamburg weisungsgemäss zur Versteigerung gelangt ist. Leider ist uns nicht bekannt die Adresse des Versteigerers. Wir können bei unserer Hamburger Filiale keine weiteren Unterlagen ausfindig machen, denn die Filiale ist restlos ausgenommt worden. Hoffentlich können Sie mit diesen Angaben das Erforderliche tun.

Für Ihre Frau Mutter haben wir die Verpackung der Wohnungseinrichtung nicht übernommen. Soweit wir uns erinnern, ist damals nur von einem Transport aus der Wohnung Rankestrasse nach dem Olivaer Platz die Rede gewesen, und wir werden diesen Stadttransport wahrscheinlich auch ausgeführt haben. Eine Beförderung ins Ausland oder der Versuch dazu ist über uns nicht geschehen. Das würden wir genau wissen, weil Ihre Familie als jahrzehnte alter Kunde unseres Hauses zu bekannt war.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Edmund Franzkowiak & Co.
ppa.

Hamburg 13, den 13. Mai 1952

Postanschrift Hartungstr. 5

Büro Wiedergutmachung:

Hmb 13, Magdalenenstr. 64a

Tel.: 34 10 04

An das

Landgericht Hamburg
I. Wiedergutmachungskammer

H a m b u r g 36

Sievekingplatz

In der Rückerstattungssache

- 1 Wik 1085/51 -

Friedrich Beermann,

Bevollmächtigter: United Restitution Office, Hannover,

Antragsteller,

gegen

das Deutsche Reich,

gesetzlich vertreten durch die Hansestadt Hamburg - Finanzbehörde -
diese vertreten durch die Oberfinanzdirektion Hamburg,

Antragsgegner,

wird zu dem Schriftsatz des Antragstellers vom 28.4.1952 wie
folgt Stellung genommen:

- 1) Der Antragsteller behauptet unter Ziffer 3, daß ihn kein Stück seines Umzugsgutes erreicht habe. Diese Behauptung steht im krassen Gegensatz zu den Angaben in der Anlage zu seiner Anmeldung vom 24.12.1949. Danach ist ein Teil seiner Sachen nach England in seinen Besitz gelangt.
- 2) In der Zahl der versteigerten Gegenstände bestehen erhebliche Differenzen zwischen dem Versteigerungsprotokoll und der Aufstellung des Antragstellers. Nach dem damals geübten Verfahren in diesen Fällen ist aber nicht anzunehmen, daß das Versteigerungsprotokoll unrichtig ist. Regelmäßig wurden nämlich die Lifts, wie sie waren, vom Lagerplatz im Freihafen zum Versteigerer geschafft und von diesem versteigert. Daß von diesen Sachen dann einige nicht zur Versteigerung gelangt sein sollten, ist ausgeschlossen. Das auffällige Mißverhältnis bei Bildern, Teppichen und Büchern erklärt sich nur so, daß diese überhaupt nicht in dem Lift verpackt waren oder sich unter den nach England gelangten Sachen befanden. Der Antragsteller gibt selbst zu, daß er sich an Einzelheiten nicht mehr erinnern kann.
- 3) Geschlossene Zimmereinrichtungen haben sich nicht im Umzugsgut befunden. Vielmehr hat es sich bei den Möbeln um Einzelstücke gehandelt. Nach eigenen Angaben des Antragstellers stammten fast sämtliche Gegenstände noch aus der Zeit vor dem ersten Weltkrieg. Daraus folgt aber, daß sie im Zeitpunkt der Versteigerung nur noch sehr gering zu bewerten waren. Daraus wiederum erklärt sich der bei manchen Positionen verhältnismäßig niedrige Versteigerungserlös.

Von diesen Tatsachen ausgehend rechtfertigt sich die 1 1/2 fache Bewertung im Verhältnis zum Versteigerungserlös. Dieser Maßstab liegt der ständigen Praxis in den hiesigen Wiedergutmachungsbehörden für Hausstände dieser Art zugrunde. Keinesfalls ist es üblich, vom 2 1/2 fachen des Versteigerungserlöses auszugehen.

Von diesen Grundsätzen abzuweichen besteht im vorliegenden Falle keine Veranlassung.

Den Wiederbeschaffungswert des Umzugsgutes in D-Mark kann der Antragsteller nach der gefestigten Rechtsprechung des Hanseatischen Oberlandesgerichts nicht zugesprochen erhalten.

Es wird daher beantragt, den Anspruch, soweit er RM 10.000,- übersteigt zurückzuweisen.

Im Auftrag

(Dr. Strehlow)

- K.
1.) P. an UKO mit K.
2.) Herrn Vorsitzenden m.d.V.
im Nebenvermittlung eines
Kammertermins.

20/5/52

Zu Hab 20/5/52
Gewe

Verhandlungstermin

den 9. Juli 1952 9 Uhr 30

Hamburg, den 6. Juni 1952

der Wiedergutmachungskammer.

2 + Pass. 2.
(1 x auf mich)
4/6.52

Wst. Ro.

Strehlow

Landgericht

(24a) HAMBURG, den 9. Juli 1952

1. Wiedergutmachungskammer

Öffentliche Sitzung

Aktenzeichen: 1 Wik 1085/51 In der Rückerstattungssache

Beermann

gegenwärtig:

- | | |
|--|---|
| 1. Landger.-Dir. Rat Dr. Joost,
als Vorsitzender, | gegen
Deutsches Reich |
| 2. Landgerichtsrat Engelschall, | |
| 3. Ass. Dr. Schröer | erschienen bei Aufruf |
| als Beisitzer,
Overbeck, JA. | für Antragsteller |
| 4. als Urkundsbeamter
der Geschäftsstelle | Amtsgerichtsrat Fey für URO
mit Untervollmacht,
für Antragsgegner
Ass. Dr. Strehlow. |

Die Sache wurde besprochen.

Beschlossen und verkündet:

Eine Entscheidung soll den Parteien zugestellt werden.

Joost

Overbeck

Landgericht Hamburg

1. Wiedergutmachungskammer.

1 Wik 1085/51.

1/Z. 2097/-1-

Beschluss.

29. Juli 1952
Rb.

In der Rückerstattungssache

- 1.) des Friedrich Beermann,
 - 2.) Eva Beermann,
- beide wohnhaft: 37, Beckenham Road,
Beckenham/Kent, England,

1) Ausfertigung an:

2 X Parteien
- X Beteiligten
mit Urkunden

2) je 1 Abschrift an
Landgericht
f. Vermögens. Kontr.
Grundbuchamt 2. VII. 52 u.

X Zentralamt
mit CC 16

X Form B ab zum
10. Sept 1952

Antragsteller,
Bevollmächtigter: United Restitution Office,
Hannover, Kaulbachstr. 23, UK/B/22
gegen

das Deutsche Reich,
gesetzlich vertreten durch die Hansestadt
Hamburg - Finanzbehörde - diese vertreten
durch die Oberfinanzdirektion Hamburg
~~- O 5210 - B 256 - V 115 a -~~ BU 4136.
Hamburg 11, Rödingsmarkt 83,

Antragsgegner,
beschließt das Landgericht Hamburg, 1. Wiedergut-
machungskammer, durch folgende Richter:

- 1.) Landgerichtsdirektor Dr. Joost,
- 2.) Landgerichtsrat Engelschall,
- 3.) Assessor Dr. Schröer

am 15. Juli 1952:

- I. Das Aktivrubrum wird, wie aus dem
Eingang des Beschlusses ersichtlich, ergänzt.
- II. Unter Abweisung weitergehender Ansprüche
wird festgestellt, daß das Deutsche Reich
verpflichtet ist, den Antragstellern den Ver-
lust der folgenden Beträge zu ersetzen:
1141.80 RM, Zeitpunkt des Verlustes:
1. August 1941,
15.331.75 RM, Zeitpunkt des Verlustes:
14. Juni 1941.

III.

III. Diese Entscheidung ergeht gebührenfrei. Eine Erstattung außergerichtlicher Kosten findet nicht statt.

G r ü n d e .

Die jüdischen Antragsteller, die früher in Berlin wohnhaft waren, sind kurz vor Kriegsbeginn aus Deutschland ausgewandert. Ihren Hausrat haben sie zwecks Versendung ins Ausland durch die Firma Franz Kowiak in einen Lift verpacken lassen. Der Lift wurde zunächst nach Hamburg gesandt. Zu einer Weiterversendung ins Ausland ist es durch den Kriegsausbruch nicht mehr gekommen. 1941 wurde der Lift im Hamburger Freihafen durch die Gestapo beschlagnahmt und anschließend in ihrem Auftrag am 14. Juni 1941 durch den Gerichtsvollzieher Gerlach versteigert. Gerlach hat einen Bruttoerlös von 6132.70 RM erzielt und netto 5676.70 RM an die Gestapo abgeführt. Ferner wurden durch den Spediteur am 1. August 1941 1141.80 RM ^{nicht} ausgenutzte Frachtkosten an die Gestapo in Hamburg überwiesen. Die Gestapo hat sodann Gesamtbeträge von 6869.89 RM plus 80.--RM an die Oberfinanzkasse Berlin überwiesen.

Die Antragsteller haben frist- und formgerecht Rückerstattungsansprüche aus Gesetz Nr. 59 angemeldet und zunächst angegeben, daß sie einen Teil ihrer Sachen im Ausland erhalten hätten und daß die in Hamburg verbliebenen Gegenstände rund 30.000.-- Mk wert wären. Später haben sie durch ihren Bevollmächtigten ausführen lassen, daß der wahre Wert der verloren gegangenen Gegenstände mindestens das 20fache des Versteigerungserlöses betrage und daß sie Schadensersatz in D.-Mark verlangten. Daß der Hausrat außerordentlich wertvoll gewesen sei, ergebe sich insbesondere daraus, daß die Eltern des Antragstellers zu 1.) sehr vermögend gewesen wären.

wären. Der Nachlaß seines Vaters sei mit 350.000.--RM bewertet gewesen. Sämtliche Hausratsgegenstände seien bei erstklassigen Läden in Berlin gekauft worden.

Der Antragsgegner hat einem Feststellungsbeschluß zur Höhe von 10.000.--RM nicht widersprochen, im übrigen aber Abweisung beantragt.

Vor der Wiedergutmachungskammer hat ein Termin stattgefunden, in dem den Parteien Gelegenheit zur mündlichen Erörterung des Streitstoffes gegeben wurde. Bei der Entscheidung hat der Kammer das Versteigerungsprotokoll des Gerichtsvollziehers Gerlach vorgelegen. Ergänzend wird auf den Akteninhalt verwiesen.

Der Rückerstattungsanspruch ist aus dem Gesetz Nr. 59 in dem Umfang begründet, als ihm nach dem Tenor dieses Beschlusses stattgegeben wurde.

Daß die Einziehung des Hausrates jüdischer Mitbürger eine ungerechtfertigte Entziehung im Sinne der Artikel 1 und 2 REG darstellte, bedarf keiner weiteren Ausführungen. Bei den geltend gemachten Ansprüchen handelt es sich auch um feststellbare Vermögenswerte im Sinne des Rückerstattungsgesetzes. Zwar sind die Möbel jetzt nicht mehr vorhanden, und es trifft auch zu, daß die eingezogenen Erlöse durch Vermischung mit den Geldern des Reiches untergegangen sind. Da es jedoch für den Begriff der Feststellbarkeit eines Vermögensgegenstandes im Sinne des Rückerstattungsgesetzes nicht auf den Zeitpunkt der Rückerstattung, sondern auf den der Entziehung ankommt, ist das Deutsche Reich gemäß Artikel 26, Abs.II REG zum Schadenersatz verpflichtet.

Wie das Hanseatische Oberlandesgericht in ständiger Rechtsprechung entschieden hat, geht der Schadenersatzanspruch aus Artikel 26, Abs.II REG auf einen RM-Betrag, der dem Wert des eingezogenen Vermögens entspricht. Eine Umstellung dieses RM-Betrages auf die jetzt gültige DM.-Währung kann nach § 14 UG nicht erfolgen, da die Umstellung der

Reichsverpflichtungen

Reichsverpflichtungen einer späteren gesetzlichen Regelung vorbehalten ist. Dieser Auffassung kann nicht entgegengehalten werden, daß das Rückerstattungsgesetz erst nach Erlaß des Umstellungsgesetzes in Kraft getreten ist, und daß es sich bei den Ersatzansprüchen um sogenannte Wertansprüche handelt, die der Umstellung nicht unterliegen. Wird in einem sonstigen Schadenersatzprozeß die öffentliche Hand in Anspruch genommen, so kann im Fall einer Verurteilung der Schaden durch zur Verfügung stehende öffentliche Mittel beglichen werden. Bei den Ersatzansprüchen von Juden und politisch Verfolgten handelt es sich nicht um Einzelschäden, die im Rahmen des gewöhnlichen öffentlichen Haushalts beglichen werden können, sondern um Ersatzansprüche in Höhe von mehreren Milliarden D.-Mark, die ihre gesetzliche Regelung finden müssen. Die Antragsteller muß folglich die künftige Entschädigungsgesetzgebung abwarten. Es konnte nur die Feststellung einer Schadenersatzverpflichtung des Reiches in RMark in Betracht kommen.

Die Höhe des Schadens hat die Kammer unter Berücksichtigung aller Umstände geschätzt. Den zuverlässigsten Anhaltspunkt über den Wert versteigerten Hausstände gibt stets der Versteigerungserlös. Wie der Kammer aus zahlreichen anderen Sachen bekannt ist, liegt der wahre Wert versteigerten Hausstände immer über dem Versteigerungserlös und schwankt zwischen dem $1 \frac{1}{2}$ bis $2 \frac{1}{2}$ fachen des erzielten Bruttoerlöses. Die Antragsteller haben unter Hinweis auf das Versteigerungsprotokoll glaubhaft ausgeführt, daß ihr Hausrat wertvoll gewesen ist. Die Annahme des $2 \frac{1}{2}$ fachen Bruttoerlöses erschien hiernach angemessen. Der Bruttoerlös hat 6.132.70 RM betragen. Multipliziert man diese Summe mit $2 \frac{1}{2}$, so ergibt sich die in der Beschlußfor-

25

- 5 -

mel genannte Summe. Daneben war die Ersatzpflicht des Reiches für das eingezogene Guthaben der Antragsteller aus vorausbezahlten Frachtkosten beim Spediteur festzustellen.

Soweit die Antragsteller ausgeführt haben, daß ihr Hausrat das 20fache des Versteigerungserlöses und demnach rund 120.000.--RM wert gewesen sei, vermochte ihnen die Kammer nicht zu folgen. Ganz davon abgesehen, daß diese Wertangaben im krassen Widerspruch zu den Angaben stehen, die die Antragsteller in ihrer Anmeldung gemacht haben, liegt die verlangte Summe derartig außerhalb des Rahmens der Summen, die der Kammer aus den Schadensersatzprozessen anderer vermögender Juden bekannt sind, so daß die Darstellung der Antragsteller nicht objektiv richtig sein kann. Soweit sie ausgeführt haben, daß die zu ihrem Hausrat gehörigen Gegenstände nicht sämtlich in dem Versteigerungsprotokoll aufgeführt sind, treffen ihre Angaben nicht vollen Umfanges zu. Eine Meißner Porzellanfigur ist beispielsweise unter Position 11 angegeben. Weitere Nippes sind unter Positionen 9 und 10 angeführt. Die Couch mit zwei großen und kleinen Sesseln ist unter Nr. 60a (evtl. 60) und 65 aufgeführt.

Hiernach rechtfertigt sich die getroffene Entscheidung. Kosten nach Artikel 63 REG in Verbindung mit § 7 der 2. Ausführungsverordnung zum Gesetz Nr. 59.

J. J. J.

Dr. Schürer

United Restitution Office
Hannover, Kaulbachstraße 23
Telefon 50256

Bitte note our reference

Bitte sende Aktenzeichen an



26

UK/B/22

An die
Wiedergutmachungskammer
beim Landgericht Hamburg

H a m b u r g 36

Sievekingplatz

Zu: Wik 1085/51
1/2. 2097 - I -

Betr.: RE-Sache Friedrich Beermann ./ Dt. Reich -Oberfin.-Direkti
Hamburg - B 256 - BV u. BA - 116 -

Wir beantragen, das Verfahren auszusetzen, bis das Bundes-
entschädigungsgesetz erlassen ist.

Dann wird auch die umstrittene Frage geklärt sein, ob das
Deutsche Reich den wiederbeschaffungswert zu ersetzen hat.
Alternativ bitten wir, das Ruhen des Verfahrens anzuordnen.

Dr. W. Blumberg
(Dr. W. Blumberg)

<p>3. An a) ein Familien- mitglied, b) eine dienende Person.</p>	<p>da ich den - Empfänger - Firmeninhaber (Vor- und Zuname): _____</p> <p>selbst in der Wohnung nicht angetroffen habe, dort a) dem zu seiner Familie gehörenden erwachsenen Hausgenossen, nämlich - der Ehefrau - dem Ehemann - dem Sohne - der Tochter _____ übergeben</p> <p>b) d. in der Familie dienenden erwachsenen _____ übergeben</p>	<p>da kein besonderer Geschäftsraum (Geschäftslokal) vorhanden ist, und ich auch den - Vorsteher - gesetz- lichen Vertreter - vertretungsberechtigten Mitinhaber _____</p> <p>in der hiesigen Wohnung _____ nicht selbst angetroffen habe, dort a) dem zu seiner Familie gehörenden erwachsenen Hausgenossen, nämlich - der Ehefrau - dem Ehemann - dem Sohne - der Tochter - _____ übergeben</p> <p>b) d. in der Familie dienenden erwachsenen _____ übergeben</p>
<p>4. An den Hauswirt oder Vermieter.</p>	<p>da ich den - Empfänger - Firmeninhaber (Vor- und Zuname): _____</p> <p>selbst in der Wohnung nicht angetroffen habe, auch die Zustellung an einen zur Familie gehörenden erwach- senen Hausgenossen oder an eine in der Familie dien- ende erwachsene Person nicht ausführbar war, dem in demselben Hause wohnenden - Hauswirt - Vermieter. nämlich d. _____</p> <p>d. zur Annahme bereit war, übergeben</p>	<p>da kein besonderer Geschäftsraum (Geschäftslokal) vorhanden ist, und ich auch den - Vorsteher - gesetz- lichen Vertreter - vertretungsberechtigten Mitinhaber _____</p> <p>in der Wohnung _____ nicht angetroffen habe, auch die Zustellung an einen zur Familie gehörenden erwachsenen Hausgenossen od. an eine in der Familie dienende erwachsene Person nicht ausführbar war, dem in demselben Hause woh- nenden - Hauswirt - Vermieter - nämlich d. _____</p> <p>d. zur Annahme bereit war, übergeben</p>
<p>3. Verweigerte Annahme.</p>	<p>Da die Annahme des Briefes verweigert wurde - _____ habe ich den Brief</p>	

Hannover, den 5.9.1952
Dr.B./Sa

29

An die
Wiedergutmachungskammer
beim Landgericht



Mit Einschreiben

H a m b u r g

In der Rueckerstattungssache Friedrich und Eva Beermann ./.
Deutsches Reich - 1 WiK 1085/51

1. ab mit 24.12.4.76/60 1/Z 2097/ -1-

legen wir namens der Antragsteller gegen den Beschluss der
Wiedergutmachungskammer in Hamburg vom 15.7.1952, zugestellt
am 5. August 1952

s o f o r t i g e B e s c h w e r d e

ein.

Gleichzeitig beantragen wir,

1. das Verfahren auszusetzen, bis die Regelung der Verpflichtung des ehemaligen Deutschen Reichs, die in dem Generalvertrag vorgesehen ist, erfolgt ist.
2. uns eine weitere Begründung der Beschwerde zunächst zu erlassen.

Die Antragsteller haben Anspruch auf den Wiederbeschaffungswert der entzogenen Gegenstände. Eine solche Regelung ist in dem Generalvertrag vorgesehen. Aus diesem Grunde erscheint die Aussetzung des Verfahrens zweckmässig.

(We i g e l t)

Urschriftlich mit Akte

Im Generalvertrag



DEM Hanseatischen Oberlandesgericht
5. Zivilsenat

zur Entscheidung über die sofortige Beschwerde.

Hamburg, den 9. September 1952

Landgericht, Wiedergutmachungskammer.

Der Vorsitzende

5 WiS

355

/1952

[Signature]

1)

B. v. 76.9.52

In der Briefkastenmitteilung

an Be. 23.52

mit auf Antrag der Ehegatten der Verlassenen
verleitet bei 37. 72.52 angesetzt.

2) Funtan an Beileute.

3) W. v. am 2.7.53.

~~W. v.~~ ^{W. v.} S. Schriener - B. v.

verleitet bei 2.7.52 ab: 1879.12/10

37

8. Juli 1955

isches Oberlandesgericht
5. Zivilsenat
Zeichen: 5 WiS 355/52

Hamburg 36, den
Sievekingplatz 2
Hannoverscher 35 10 2400

United Restitution Office

Hannover, Kaulbachstraße 23

Telefon 50256

Telegrammadresse: UROCLAIMS

Please quote our reference

Bitte unser Aktenzeichen angeben

33

UK/B/22

22.12.1952

/He B

An das
Hanseatische Oberlandesgericht
5. Zivilsenat

H a m b u r g

Zu: 5 WiS 355/52
I WiK 1085/51



Betr.: Rückerstattungssache Beermann ./.. Deutsches Reich

In der obigen Rückerstattungssache beziehen wir uns auf den Beschluss des Oberlandesgerichts vom 16.9.1952 und bitten, das Verfahren weiterhin auszusetzen, bis die Regelung der Verpflichtungen des ehemaligen Deutschen Reiches erfolgt ist, und uns zunächst eine weitere Begründung der Beschwerde zu erlassen.

Dr. W. Blumberg
(Dr. W. Blumberg)

...den Wert der zu zahlenden Entschädigung zugrunde zu legen, den das Vermögen erwartungsgemäß im Zeitpunkt seiner Rückübertragung, d.h. heute, besessen hätte, wenn es nicht in Verlust geraten wäre."

2. "Zusammenfassend vertreten wir die Ansicht, daß im allgemeinen Leistungsurteile in Fällen wie dem vorliegenden angebracht sind. Das Gesetz 59 enthält nichts, was das Reich davon ausnähme, einem derartigen Urteil unterworfen zu werden oder die Rückerstattungsbehörden der Pflicht enthöbe, es zu erlassen. Wir würden jedoch ohne Zögern jeden Versuch unterbinden, ein derartiges Urteil ..."

8. Juli 1955

34

Hanseatisches Oberlandesgericht
5. Zivilsenat

(24a) Hamburg 36, den 8. 7. 55
Sievekingplatz 2
Fernsprecher: 35 10 21

Aktenzeichen: 3 WicS 355/52

Betr.: Rückerstattungssache

Beermann v. J. Reins

Der Senat beabsichtigt in Erwartung einer gesetzlichen Regelung der hier streitigen Frage, einstweilen von einer Entscheidung abzusehen, falls die Parteien einverstanden sind.

6 Monate

gez. Dr. Krönig
Oberlandesgerichtsrat

V. 6 Monate

14. 7. 53

3/4. 73
4/11 53

He

zugrunde zu legen, den Wert der zu zahlenden Entschädigung im Zeitpunkt seiner Rückübertragung, d.h. heute, besessen hätte, wenn es nicht in Verlust geraten wäre."

2. "Zusammenfassend vertreten wir die Ansicht, daß im allgemeinen Leistungsurteile in Fällen wie dem vorliegenden angebracht sind. Das Gesetz 59 enthält nichts, was das Reich davon ausnähme, einem derartigen Urteil unterworfen zu werden oder die Rückerstattungsbehörden der Pflicht enthöbe, es zu erlassen. Wir würden jedoch ohne Zögern jeden Versuch unterbinden, ein derartiges Urteil gegen das Reich unter den gegenwärtigen Umständen vollstrecken zu lassen, sollte ein solcher Versuch gemacht werden."

37

ches Oberlandesgericht
5. Zivilsenat
ichen: 5 WiS ~~3557/52~~

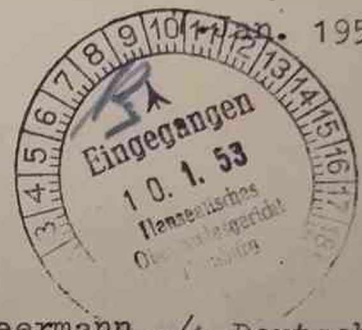
Hamburg 36, den
Sievekingplatz 2
Fernsprecher 35 10 21

8. Juli 1955

Oberfinanzdirektion Hamburg
B 256 - BV - ~~BKX 4506X~~ 413 b
~~BKX 4506X~~

Hamburg 13, den
Postanschrift: Hartungstraße 5
Büro Wiedergutmachung:
Hamburg 13, Magdalenenstr. 64a

An das
Hanseatische Oberlandesgericht
- 5. Zivilsenat -
(24a) Hamburg 36
Sievekingplatz 2
-3fach-



85

Betr.: Rückerstattungssache Beermann ./. Deutsches Reich
Lab: 10.1.53
Bezug: Dort.Schreiben vom 2.1.53 - Az.: 5 WiS 355/52

Mit Rücksicht auf die zu erwartende gesetzliche Regelung der hier streitigen Fragen bin ich mit dem vorläufigen Ruhen des Verfahrens einverstanden.



beglaubigt:

Kopier

Kanzleiangehörige

Im Auftrag:
gez. Binert

werden können, den Wert der zu zahlenden ... zugrunde zu legen, den das Vermögen erwartungsgemäß im Zeitpunkt seiner Rückübertragung, d.h. heute, besessen hätte, wenn es nicht in Verlust geraten wäre."

2. "Zusammenfassend vertreten wir die Ansicht, daß im allgemeinen Leistungsurteile in Fällen wie dem vorliegenden angebracht sind. Das Gesetz 59 enthält nichts, was das Reich davon ausnähme, einem derartigen Urteil unterworfen zu werden oder die Rückerstattungsbehörden der Pflicht enthöbe, es zu erlassen. Wir würden jedoch ohne Zögern jeden Versuch

ches Oberlandesgericht
. Zivilsenat
chen: 5 WiS 3557/52

Hamburg 36, den
Sievekingplatz 2
Fernsprecher 35 10 21

37
8. Januar 1955

United Restitution Office
Hannover, Kaulbachstraße 23
Telefon 50256

UK/B/22

Telegrammadresse: UROCLAIMS

An das
Hanseatische Oberlandesgericht
5. Zivilsenat

H a m b u r g

Please quote our reference
Bitte unser Aktenzeichen angeben

12.1.1953

/He

Zu: 5 WiS 355/52
1 WiK 1085/51

Betr.: Rückerstattungssache Beermann ./.. Deutsches Reich
Ihr Schreiben vom 2.1.1953

Wir sind damit einverstanden, daß einstweilen von
einer Entscheidung abgesehen wird.

Dr. W. Blumberg
(Dr. W. Blumberg)

werden können; der Wert der zu zahlenden Entschädigung
zugrunde zu legen, den das Vermögen erwartungsgemäß
im Zeitpunkt seiner Rückübertragung, d.h. heute, be-
sessen hätte, wenn es nicht in Verlust geraten wäre."

2. "Zusammenfassend vertreten wir die Ansicht, daß im
allgemeinen Leistungsurteile in Fällen wie dem vor-
liegenden angebracht sind. Das Gesetz 59 enthält
nichts, was das Reich davon ausnähme, einem derarti-
gen Urteil unterworfen zu werden oder die Rücker-

Hanseatisches Oberlandesgericht
5. Zivilsenat
Akten-Zeichen: 5 WiS ~~3557/524~~
1 WiK 1085/51

Hamburg 36, den 8. Juli 1955
Sievekingplatz 2
Fernsprecher 35 10 21

37

Betr.: Rückerstattungssache.

Beermann
U.R.O. UK/B/22

gegen

Deutsches Reich
B 256 - BV 413 b

Der Senat weist die Parteien darauf hin, daß nunmehr zur Frage des vom ehemaligen Deutschen Reich zu leistenden Schadensersatzes das Oberste Rückerstattungsgericht für die britische Zone in seiner Entscheidung SRC 53/719 (28.1.1955) bestimmte Grundsätze entwickelt hat. Der Gerichtshof geht davon aus, daß Hauptzweck des Gesetzes Nr. 59 die Naturalrestitution ist und kommt dann zu folgenden Leitsätzen:

1. "In diesem Sinne ist das Ergebnis offensichtlich die Wiederherstellung des Zustandes vor der Entziehung. Kein Gesetz kann jedoch dem entzogenen Vermögen im jetzigen Zeitpunkt den Wert geben, den es in der Vergangenheit besessen hat. Tatsächlich werden die Vermögensgegenstände an ihre Eigentümer mit dem jetzigen Wert zurückübertragen. Es würde daher in Einklang mit dem Hauptzweck des Gesetzes 59 stehen, in Fällen, in denen die entzogenen Vermögensgegenstände infolge ihres Verlustes nicht auf jene Weise zurückübertragen werden können, den Wert der zu zahlenden Entschädigung zugrunde zu legen, den das Vermögen erwartungsgemäß im Zeitpunkt seiner Rückübertragung, d.h. heute, besessen hätte, wenn es nicht in Verlust geraten wäre."
2. "Zusammenfassend vertreten wir die Ansicht, daß im allgemeinen Leistungsurteile in Fällen wie dem vorliegenden angebracht sind. Das Gesetz 59 enthält nichts, was das Reich davon ausnähme, einem derartigen Urteil unterworfen zu werden oder die Rückerstattungsbehörden der Pflicht enthöbe, es zu erlassen. Wir würden jedoch ohne Zögern jeden Versuch unterbinden, ein derartiges Urteil gegen das Reich unter den gegenwärtigen Umständen vollstrecken zu lassen, sollte ein solcher Versuch gemacht werden."

Eine Aussetzung der Vollstreckung eines Urteils kann immer aus praktischen Gründen gewährt werden, wenn diese Gründe es auch nicht rechtfertigen, von dem Erlaß eines solchen Urteils abzusehen."

3. Der zu ersetzende Schaden umfaßt auch einen Betrag für entgangenen Gewinn. "Selbstverständlich können wir nicht billigen, daß die Antragstellerin Nutzungen sowohl auf Grund des Art. 26 Abs. 2 wie des Art. 27 Gesetz 59 erhält. Es ließe sich auch sagen, daß Art. 27 und DVO Nr. 12, die sich auf diesen Artikel gründen, besonders zur Anwendung geeignet erscheinen in den Fällen, in denen Rückerstattung in natura angeordnet wird. Wir halten es für unnötig, diese Frage im einzelnen zu behandeln, ehe sich nicht ein Fall ergibt, an dem gezeigt werden kann, daß der Betrag, der für entgangenen Gewinn gemäß § 252 des Deutschen BGB gefordert werden kann, unter Anwendung wesentlich anderer Grundsätze festzustellen ist als derjenigen, die bei der Festsetzung der nach Art. 27 und DVO Nr. 12 rückzahlbaren Beträge anzuwenden sind."

Den Parteien wird anheimgegeben, diesen Grundsätzen entsprechende Anträge zu stellen. Der Senat hält es für zweckmäßig, wenn zunächst der Antragsgegner unter Zugrundelegung dieser Grundsätze eine vergleichsweise Regelung vorschlägt. **Die Gegenseite mag dann binnen 2 Monaten dazu Stellung nehmen.**

Krönig
gez. Dr. Krönig,
Oberlandesgerichtsrat.

4/9
Je eine Ausfertigung
an ~~Zustellg. m. Quittg.~~
ab an Part. Vert.

am: - 9. JULI 1955

(URO UK/B/22)

Deutsches Reich
(OFD Hamburg)

2x ab am - 9. SEP. 1955

wird zu der Auflage des Gerichts vom 8.7.1955 erklärt:

Zu dem Vorschlag des Vertreters des Antragstellers vom 19.8.1955 bedauert der Antragsgegner, einem Vergleich wegen des entzogenen Umzugsguts in Höhe von 17.000,-- DM nicht zustimmen zu können.

Im Beschluß der 1. Wiedergutmachungskammer vom 15.7. 1952 in dieser Sache ist der höchste Multiplikator "2 1/2-fach" zugrunde gelegt worden. Wenn man die wertvollen Gegenstände in der Versteigerung...

United Restitution Office

Hannover-Kleefeld

Kaulbochstr. 23 • Telefon: 50256

Telegramm-Adresse: Uroclaims

UK/B/22

Hannover, den 19.8.1955
Dr. Bl./Ki.

An das

Hanseatische Oberlandesgericht
- 5. Zivilsenat -

H a m b u r g 36
Sievekingplatz 2

Akz.: 5 WiS 355/52
1 WiK 1085/51



Betr.: Rückerstattungssache Beermann ./.. Dt. Reich.

Wir sind bereit, mit der Oberfinanzdirektion einen Vergleich über rund DM 17.000,-- abzuschliessen.

(Signature)
(Dr. W. Blumberg)

An das
Hanseatische Oberlandesgericht
- 5. Zivilsenat -

H a m b u r g 36

Sievekingplatz

(dreifach)

In der Rückerstattungssache

- 5 WiS 355/52 -

1 WiK 1085/51



B e e r m a n n
(URO UK/B/22)

Deutsches Reich
(OFD Hamburg)

ex ab am - 9. SEP. 1955

wird zu der Auflage des Gerichts vom 8.7.1955 erklärt:

Zu dem Vorschlag des Vertreters des Antragstellers vom 19.8.1955 bedauert der Antragsgegner, einem Vergleich wegen des entzogenen Umzugsguts in Höhe von 17.000,-- DM nicht zustimmen zu können.

Im Beschluß der 1. Wiedergutmachungskammer vom 15.7.1952 in dieser Sache ist der höchste Multiplikator "2½2fach" zugrunde gelegt worden. Wenn man die wertvollen Gegenstände in der Versteigerungsliste des Gerichtsvollziehers Gerlach mit 2½2 multipliziert, so kommt man auch bei Berücksichtigung, daß es sich um erstklassige und durchweg gut erhaltene Gegenstände gehandelt hat, auf eine für den Antragsteller günstige Schätzung. Zu einer Erhöhung des in dem angefochtenen Beschluß genannten Entziehungswertes über den Betrag von 15.331,75 RM hinaus, besteht deshalb keine Veranlassung.

Nach der SRC-Entscheidung 53/719 vom 28.1.1955 in der Rückerstattungssache Mainz ./.. Deutsches Reich kommt es für die Ermittlung des Schadensbetrags auf den Wert an, den die entzogenen Gegenstände erwartungsgemäß im Zeitpunkt ihrer Rückerstattung besessen hätten, wenn sie nicht in Verlust geraten wären. Das bedeutet, daß nicht etwa der Wiederbeschaffungswert schlechthin zugrunde zu legen ist, sondern daß der objektive heutige Gebrauchswert zu ermitteln ist. (So auch das Hanseatische Oberlandesgericht in der Rückerstattungssache Kroner ./.. Deutsches Reich - Az.: 5 WiS 38/53.)

Geht man von den Feststellungen aus, die hier über den RM-Wert zur Zeit der Entziehung getroffen worden sind, dürfte die Ermittlung des heutigen DM-Wertes verhältnismäßig einfach sein. Der Sachverständige Bobsien hat sich zu dieser Frage in der Rückerstattungssache Schlesinger ./.. Deutsches Reich beim Landgericht dahin geäußert:

"Ganz allgemein gesprochen möchte ich sagen, daß eine Umstellung 1:1 in D-Mark günstig für die Berechtigten sein dürfte, denn die Preissteigerung, die sonst allgemein eingetreten ist, kann ja nicht bei solchen älteren

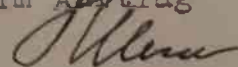
teren Hausstandssachen angewandt werden, weil diese eher im Werte sinken als steigen, und zwar aus doppeltem Grunde, nämlich weil die Sachen einmal aus der Mode gekommen und zweitens dazu noch Jahrzehnte abgenutzt worden sind. Würden diese Sachen beispielsweise an andere Benutzer vermietet sein, so würden zwar auf der einen Seite Nutzungsgebühren entstanden sein, auf der anderen Seite jedoch die Benutzer auch dafür die Sachen haben abnutzen dürfen, und man muß daher von einer Nutzungsentschädigung überhaupt bei Hausstandssachen absehen, denn der Wert der eigenen Nutzung des Verfolgten ist ja im Grunde genommen nicht identisch mit evtl. von Dritten zu zahlenden Nutzungsgebühren.

Ich möchte glauben, daß, ohne irgendwelche Prozentzahlen anzugeben, das Gericht letzten Endes jetzt nach dem Alter des Hausstandes und nach den sonstigen Umständen einschließlich irgendwelcher Nutzung höchstens auf DM-Beträge im Verhältnis 1:1 entsprechend dem RM-Wert zur Zeit der Entziehung gelangen könnte, und ich bin auch bereit, wie bisher die RM-Werte zur Zeit der Entziehung zu schätzen, um eine Grundlage für die Umstellung des Gerichts in D-Mark zu haben."

Der Antragsgegner hält die vorstehenden Ausführungen für richtig und schlägt folgenden Vergleich vor:

1. Die Parteien sind sich darüber einig, daß das Deutsche Reich nach Art. 26 Abs. 2 REG für am 14.6.1941 versteigertes Umzugsgut
15.331,75 DM
als Schadensersatz zahlt.
2. Der Antragsgegner ist bereit, für die ^{am} 1.8.1941 ~~erzogen~~ zogenen Frachtkosten (1141,80 RM abgewertet 10:1)
114,18 DM
zu zahlen.
3. Die Erfüllung vorstehender Ansprüche richtet sich nach dem künftigen Gesetz zur Regelung der rückerstattungsrechtlichen Geldverbindlichkeiten des Deutschen Reichs.
4. Die Kosten werden gegeneinander aufgehoben.

Im Auftrag



(Sillem)

Hanseatisches Oberlandesgericht
5. Zivilsenat

Hamburg, den 31. Oktober 1955

43

Az.: 5 WiS 355/52
1 WiK 1085/51

Nichtöffentliche Sitzung

Gegenwärtig:

Oberlandesgerichtsrat
Dr. Krönig
als beauftragter Richter,
Justizangest. Drzewiecki
als Urkundsbeamter
der Geschäftsstelle.

In der Rückerstattungssache

- 1.) des Friedrich B e e r m a n n ,
- 2.) Eva B e e r m a n n ,

beide wohnhaft: 37 Beckenham Road,
Beckenham/Kent, England,

*Je eine Ausfertigung
an den Parteien
ab an Part. Verz.
amt und*

Antragsteller,

*1 Abschrift mit G.C. 16
an J. A. Bad Stendorf
ab am - 3. NOV. 1955*

Bevollmächtigter: United Restitution
Office, Hannover, Kaulbachstr. 23,

Az.: UK/E/22,

gegen

das D e u t s c h e R e i c h ,
gesetzlich vertreten durch die Freie
und Hansestadt Hamburg -Finanzbe-
hörde-, diese vertreten durch die
Oberfinanzdirektion Hamburg, Ham-
burg 13, Hartungstraße 5,

Az.: B 256 - BV 413 -,

Antragsgegner,

erschieden bei Aufruf

für die Antragsteller Herr J o b s t ,

für den Antragsgegner Herr K u h f u B .

Die Parteien schlossen zur Erledigung der in diesem Verfahren geltend gemachten Rückerstattungsansprüche der Antragsteller folgenden, im Schriftsatz des Antragsgegners vom 6. September 1955 /act 40/ niedergelegten

V e r g l e i c h :

Die Parteien sind sich darüber einig, dass das Deutsche Reich nach Art. 26 Abs. 2 REG für am 14.6.1941 versteigertes Umzugsgut

DM 15.331,75

als Schadensersatz zahlt.

Der Antragsgegner ist bereit, für die am 1.8.1941 eingezogenen Frachtkosten (1.141,80 RM, abgewertet 10 : 1)

DM 114,18

zu zahlen.

Die Erfüllung vorstehender Ansprüche richtet sich nach dem künftigen Gesetz zur Regelung der rückerstattungsrechtlichen Geldverbindlichkeiten des Deutschen Reiches.

Die Kosten werden gegeneinander aufgehoben.

Der vorstehende Vergleich wurde aus dem oben erwähnten Schriftsatz vorgelesen und von den Parteien genehmigt.

Zugleich für die richtige Abschrift
aus dem erwähnten Schriftsatz:

König

Wawisch

Justizangestellter.

Aktenz